

Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Diskussionsstränge, Argumentationslinien, Perspektiven

Tanja Betz / Wolfgang Gaiser / Liane Pluto

1. Einführung

Eine Zusammenstellung gegenwärtiger Forschungsergebnisse zu Partizipation, steht vor der Schwierigkeit, Sortierungen in einem Themenfeld vornehmen zu müssen, das sich nicht einfach sortieren lässt. Diese Schwierigkeit liegt an den Unschärfen, die im Begriff »Partizipation« selbst angelegt sind, an seinen Veränderungen und Erweiterungen in den letzten 50 Jahren und an der normativen Aufladung des Begriffes Partizipation und der jeweils geführten Debatten. Die unterschiedlichen Diskurse, in denen Partizipation zum Thema wird, sind mitunter nur schwer miteinander in Einklang zu bringen, sie widersprechen sich oder aber sie werden auf sehr unterschiedlichen Ebenen geführt. Die Einheitlichkeit und Klarheit, die auf den ersten Blick durch den Verweis bzw. durch die Heranziehung des Begriffes Partizipation in ganz unterschiedlichen Zusammenhängen besteht, entpuppt sich letztlich als weniger eindeutig und zusammengehörend als gedacht. Und auch die meist positiv konnotierte Verwendung und Indienstnahme des Begriffs und die eng damit verbundenen Forderungen nach einer verstärkten Partizipation sind es wert, genauer und differenzierter beobachtet und analysiert zu werden.

Ursprünglich sind mit Partizipation ausschließlich Verfahren, Strategien und Handlungen bezeichnet, durch die Bürgerinnen und Bürger Einfluss auf politische Entscheidungen und Macht nehmen. Partizipatorische Demokratietheorien begreifen Partizipation dabei nicht bloß als Mittel zum Zweck, sondern auch als einen Wert an sich. Diese Denktradition sieht Partizipation weniger als Voraussetzung rationaler und legitimer Herrschaft, sondern hebt Partizipation als Modus politischer und sozialer Integration hervor (vgl. Schmidt 2000; Schnurr 2001). Wurde der Begriff der Partizipation ursprünglich primär in diesem engen Kontext politischer Verfahren und Entscheidungsprozesse verwendet, hat sich in den letzten Jahrzehnten sein Bedeutungsbereich stark erweitert.

Im Zuge einer breiten gesellschaftlichen Modernisierung, die den Anspruch auf Einflussnahme und Beteiligung an politischen Entscheidungen im engeren Sinne, aber auch an gesellschaftlichen Prozessen und sozialer Integ-

ration neu formuliert, erlangt Partizipation seit den 1970er-Jahren als Gestaltungsprinzip von Institutionen – die schon zum Selbsterhalt und aufgrund einer sich wandelnden Umgebung ihre Adaptionsfähigkeit und Überlebensfähigkeit sicherstellen müssen –, als Form der Sicherung von demokratischen Prozessen auf allen gesellschaftlichen Ebenen, als Kriterium für Transparenz sowie als Weg zu mehr Gerechtigkeit in Machtverhältnissen einen zentralen Stellenwert. Es erstaunt somit keineswegs, dass die Auseinandersetzung mit Partizipation nicht auf das politische Feld im engeren Sinne beschränkt geblieben ist. Partizipation wurde in der Arbeitswelt, in Verwaltungen, in Bildungseinrichtungen, psychosozialen Arbeitsfeldern, im Gesundheitssystem, in der Alten- und Behindertenhilfe oder in der Kinder- und Jugendhilfe zu einer wesentlichen Zielgröße, mitunter sogar zu einem handlungsleitenden Paradigma.

Insbesondere dort, wo es um die Stärkung von Klientinnen und Klienten bzw. Patientinnen und Patienten innerhalb eines Expertensystems geht, gab es in den vergangenen Jahrzehnten vielfältige Entwicklungen und Reformprozesse. Sie haben dazu beigetragen, dass sich das Bild von den jeweiligen Adressatinnen und Adressaten gewandelt hat, dass ihre Bedürfnisse gehört werden und die Möglichkeiten ihrer Mitwirkung in den Institutionen erweitert wurden. Ein Beispiel dafür ist das Salutogenesekonzept von Antonovsky (1997), das zunehmend auch in der sozialen Arbeit rezipiert wird, zuletzt im 13. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung (vgl. BMFSFJ 2009). Im salutogenetischen Modell ist der Mensch aktiver Gestalter seines Lebens. Die Argumentation ist, dass Gesundheit und Wohlbefinden umso ausgeprägter werden, je größer die Möglichkeiten sind, die Welt und das eigene Leben zu verstehen und zu beeinflussen (Kohärenzgefühl). Drei zentrale Komponenten sind empirisch für die Bildung des Kohärenzgefühls identifiziert worden: Die Verstehbarkeit der inneren und äußeren Welt, das Gefühl der Handhabbarkeit, also das Ausmaß des Zutrauens in die eigenen Möglichkeiten, unterschiedlichsten Anforderungen begegnen zu können, und die Bedeutsamkeit als ein Maß dafür, für wie sinnvoll man das eigene Leben hält. Zur Bildung und Stabilisierung des Kohärenzgefühls tragen wesentlich die folgenden Erfahrungen bei: Konsistenz, die Balance zwischen Unter- und Überforderung sowie die Teilhabe an der Gestaltung von Ereignissen (vgl. Keupp 1997; Lenz 2001). Partizipation ist in diesem Modell eine zentrale Voraussetzung für gesundes Aufwachsen. Die Betonung aus psychologischer Sicht des aktiven Gestaltens der eigenen Lebensbedingungen lässt sich auch in der pädagogischen Theoriegeschichte zeigen. Pädagogisches Handeln ist immer auf die Selbsttätigkeit der Subjekte angewiesen; die Förderung von Partizipation ist somit eine genuine Aufgabe der Lehr- und Fachkräfte.

Diese Diskussionsstränge, deren Kern als »emanzipatorisch« bezeichnet werden kann, bilden einen zentralen Aspekt innerhalb des Partizipationsdiskurses. Thematisiert wird hierbei insbesondere, wie Personen befähigt

werden können, ihre Rechte einzufordern und wie ihre Entscheidungsfreiheit gestärkt werden kann; beschrieben und problematisiert wird damit auch die Ebene der gesellschaftlichen Kontrolle staatlichen Handelns durch die Bürgerinnen und Bürger sowie die Einflussnahme von Akteuren und Akteursgruppen auf (zivil-)gesellschaftliche Prozesse und Organisationen.

Den skizzierten Diskussionslinien stehen andere gegenüber, die ihren Ausgangspunkt ebenfalls in gesellschaftlichen Veränderungsprozessen finden. Betont werden hierbei indessen stärker die Probleme der sozialstaatlichen Sicherungssysteme, des Arbeitsmarktes und der demokratischen Institutionen des politischen Systems, die immer weniger in der Organisation der Gesellschaft, sondern zunehmend als in der Verantwortung des Einzelnen liegend gesehen werden. Im Kontext der Zuschreibung von Aufgaben an den Einzelnen als Reaktion auf die neuen gesellschaftlichen Problemlagen, wie sich dies exemplarisch an den Mechanismen des Sozialinvestitionsstaats und der Maxime »Fordern und Fördern« zeigt, wird Partizipation weniger unter dem Aspekt der Emanzipation betrachtet. Vielmehr wird Partizipation zu einem zentralen »Krisenmanager«, der für die Bearbeitung gesellschaftlicher Problemstellungen herangezogen wird. Ein Beispiel für diese Lesart von Partizipation ist der Diskurs um das bürgerschaftliche Engagement, an dessen Aufwertung und Indienstnahme die skizzierten Entwicklungen ablesbar sind (vgl. Braun 2001; Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement 2009).

In den unterschiedlichsten Zusammenhängen hat Partizipation nahezu immer einen instrumentellen Charakter und stellt in der Praxis kaum einen bloßen Wert an sich dar. An der instrumentellen Verwendung wird dann auch besonders deutlich, wie unterschiedlich die Partizipationsbegriffe benutzt und wie perspektivenabhängig die Debatten geführt werden.

Vor diesem Hintergrund erstaunt es auch nicht, dass die Begründungslinien für Partizipation sehr vielfältig sind. Die Argumente für (mehr) Partizipation werden aus ganz unterschiedlichen Zusammenhängen hergeleitet: aus Menschenrechten und Bürgerrechten; demokratiethoretisch, pädagogisch und bildungstheoretisch (vgl. Olk/Roth 2007). Weiterhin werden ethisch-moralische, professionstheoretische und (fach-)politische Argumente vorgebracht (vgl. Pluto 2007) sowie dienstleistungstheoretische Grundlagen, die darauf abheben, dass durch Partizipation Angebot und Nachfrage stärker aufeinander bezogen werden können (vgl. Knauer 2007; Schnurr 2001). Daneben wird eine Vielzahl weiterer aktueller politischer Begründungszusammenhänge für eine verstärkte Partizipation aufgeführt: demographischer Wandel und Generationengerechtigkeit, interkommunaler Wettbewerb, gesellschaftliche Innovationsfähigkeit, moderne Staatlichkeit, Planungseffizienz und Herausbildung einer Bürger/innenkommune sowie Prävention durch Partizipation (vgl. Olk/Roth 2007).

Das, was begrifflich unter Partizipation gebündelt wird, enthält dabei einerseits den Aspekt der Emanzipation gegenüber einem etablierten politischen System oder einer Institution, gleichzeitig wird Partizipation oftmals »als Mittel zum Zweck der Integration, im Sinne einer ›Partizipationstechnokratie‹« und – in pädagogischen Zusammenhängen – »als Erziehungsmittel zu systemgerechter Sozialisation« verstanden (Abeling u. a. 2003: 230). Dieser »Doppelcharakter« von Partizipation mit den Zielvorstellungen Autonomie und Selbstbestimmung einerseits sowie Integration und Stabilisierung andererseits, ist schon immer in dem Begriff angelegt. Dies spiegelt sich auch in seiner Verwendung in Organisationen, Berufsfeldern, in zivilgesellschaftlichen Kontexten oder im politischen Feld. Mal dominiert in den Diskussionssträngen und in der praktischen Umsetzung der eine, mal der andere Pol. Dabei ist der Doppelcharakter meist implizit und kann daher oftmals erst nachträglich rekonstruiert werden.

2. Partizipation im Prozess des Aufwachsens

Der vorliegende Band befasst sich mit dem Themenfeld der Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Mit dieser Fokussierung kommt man nicht umhin, die Bedingungen des Aufwachsens in die Beschreibung und Analyse einzubeziehen. Alle Beiträge des Buches setzen sich daher in unterschiedlichen Formen und mit verschiedenen Zugängen mit der »Entwicklungstatsache«, wie dies Bernfeld formuliert (vgl. Bernfeld 1925/1967), auseinander oder sind als Beschreibungen zu lesen, wie die Gesellschaft in ganz unterschiedlichen Zusammenhängen auf die »Entwicklungstatsache« reagiert. Das heißt, die Beiträge thematisieren auf unterschiedliche Art und Weise die Frage, wie die Institutionen, die Fach- und Lehrkräfte, die Eltern, aber auch die Kinder und Jugendlichen selbst Partizipationsmöglichkeiten wahrnehmen.

In den verschiedenen Partizipationsdiskursen wird meist davon ausgegangen, dass Partizipation etwas ist, was man immer schon kann. Bezogen auf Kinder und Jugendliche muss eine Auseinandersetzung mit Partizipation indessen darauf Bezug nehmen, dass Partizipation erst gelernt werden muss und zugleich aber bereits auch als Anforderung für den Umgang von Erwachsenen mit Kindern und Jugendlichen gilt. Daraus ergibt sich als eine Perspektive auf das Thema die Frage, wie diese Prozesse des Lernens organisiert werden und wie sich die Organisation dieser Prozesse an den Orten des Aufwachsens, z. B. in der Familie, unter Freunden, in Bildungs- und Betreuungsinstitutionen (vgl. z. B. Quellenberg, Arnoldt/Steiner oder Stolz/Kaufmann/Schnitzer in diesem Band), aber auch in Medienkontexten (vgl. Feil in diesem Band), unterscheidet. Als eine weitere Perspektive auf Partizipation wird die Frage gestellt, inwieweit den Kindern und Jugendlichen durch Erwachsene Beteiligungs-

möglichkeiten eingeräumt und zugestimmt werden (z. B. politisch bei Wahlen: vgl. Hofmann-Lange/de Rijke in diesem Band oder in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld z. B. in Kinder- und Jugendheimen: vgl. Babic und Pluto in diesem Band). Anders formuliert: Die Anwendung des Partizipationsdiskurses auf Kinder und Jugendliche ist durch folgende Spannung geprägt: Einerseits kann Partizipation insbesondere für Kinder, aber auch für Jugendliche zu einer Überforderung führen, so dass die Erwachsenen partizipative Prozesse begleiten müssen um Kinder und Jugendliche zu schützen. Andererseits sind die Erwachsenen auch dafür verantwortlich, ausreichend Gelegenheiten für Beteiligung zu schaffen, Gelegenheiten in denen Partizipation erlernt werden kann. An dieser Stelle treffen sich die eingangs skizzierten Perspektiven auf Partizipation wie in einem Brennglas. Auf der einen Ebene der Diskussion wird der Blick sorgenvoll auf die Gruppe derjenigen gerichtet, die die gesellschaftliche Zukunft gestalten werden und in vermehrten Anstrengungen, die Partizipation von Heranwachsenden zu erhöhen, wird ein zukunftsichernder Faktor gesehen. Auf der anderen Ebene der Diskussion wird der Rechtsstatus von Kindern und Jugendlichen im Vergleich zu Erwachsenen fokussiert und die an die Unterscheidung von Kindern und Erwachsenen gekoppelten Handlungsoptionen, aber auch -beschränkungen. Daraus entstehen unterschiedliche Erwartungen und Handlungsmöglichkeiten, z. B. wird das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen derzeit unter der Perspektive, inwiefern ihre Rechte eingehalten werden betrachtet (vgl. Liebel 2007) oder unter der Perspektive, welche Kompetenzen sie zu lernen haben.

An drei Diskussionslinien lassen sich die skizzierten Zusammenhänge nachfolgend exemplarisch verdeutlichen: an den unterschiedlichen Vorstellungen und Bildern über Kinder und Jugendliche, die in der Gesellschaft existieren (a), an den Investitionen insbesondere in Kinder zur Sicherung des Sozialstaates (b) und an der Diskussion um das bürgerschaftliche Engagement von Kindern und Jugendlichen (c).

(a) Vorstellungen und Bilder über Kinder und Jugendliche

Die gegenwärtig prominent vertretene Forderung nach mehr Beteiligung (vgl. Betz/Olk/Rother in diesem Band) und die empirische Wirklichkeit der Partizipation von Kindern und Jugendlichen, lässt sich mit den veränderlichen bzw. jeweils vorherrschenden Kindheits- und Jugendbildern in einer Gesellschaft bzw. in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen in Beziehung setzen. In Abhängigkeit davon, ob Kinder und Jugendliche primär als Personen in Entwicklung, als unfertige, schutz- und lernbedürftige, gefährdete oder gefährliche Personen betrachtet werden (vgl. Bühler-Niederberger/Sünker 2009) und ihnen ein »Noch-Nicht-Status« zukommt oder ob sie vornehmlich als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft und als eigenständige und handlungsfähige Akteure angesehen werden, findet Partizipation kaum, wohlwollend, punktuell bzw. situationsbezogen oder aber systematisch und rechtlich kodifiziert statt, u. a. gestärkt durch die UN-Kinderrechtskonvention, die sich

auf alle unter 18-Jährigen bezieht (vgl. BJK 2009a). Der Doppelcharakter von Partizipation wird hierbei offenkundig. So ist ein kinder- und jugendpolitisches Ziel auf eine verstärkte Partizipation ausgerichtet, um zur Emanzipation der gesellschaftlichen Position von Kindern und Jugendlichen beizutragen (vgl. Lüscher 1999, 2003). Argumentiert wird dabei oftmals aus der Perspektive generationaler Ungleichheitsverhältnisse; die Öffentlichkeit wird auf »Marginalisierungen« von Kindern und Jugendlichen und auf die intergenerational ungleiche Verteilung von Ressourcen, Gütern und Macht aufmerksam gemacht (vgl. Betz 2008; BJK 2009b). Zugleich aber wird das Einüben spezifischer Partizipationsformen zum Zweck der Integration in die (Erwachsenen-)Gesellschaft und aufgrund der stabilisierenden Funktion von Beteiligung eingefordert. Kinder und Jugendliche dürfen mit großem Aufwand Klassensprecherwahlen, Jugendparlamente, formale Prinzipien etc. üben, indes werden ihnen kaum Entscheidungskompetenzen gewährt und die Felder der Beteiligung sind klar vordefiniert; Partizipation läuft in den von Erwachsenen abgesteckten Bahnen. Hier lässt sich das Spannungsfeld beschreiben, inwieweit es (politisch) legitim ist, wenn Kinder, aber auch Jugendliche von formalen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen sind, und zugleich auch, inwieweit es sich die Gesellschaft leisten kann, die Bürger/innen von »morgen« nicht hinlänglich auf ihre Rolle in der Demokratie vorzubereiten.

(b) Investitionen insbesondere in Kinder zur Sicherung des Sozialstaates

Die Brisanz der Diskussion um die gesellschaftliche Beteiligung junger Menschen liegt auch darin, dass in dieser Debatte sowohl Fragen thematisiert werden, die sich auf die nachwachsenden Generationen beziehen, als auch zugleich auf Erosionsprozesse der drei zentralen Integrations-Modi der Gesellschaft: der wohlfahrtsstaatlichen Sicherungssysteme, des Arbeitsmarktes und der demokratischen Institutionen. Es geht um die Bearbeitung der Folgeprobleme, die aus den Veränderungen des Sozialstaates, der Deregulierung des Arbeitsmarktes und des Strukturwandels der Demokratie resultieren. Für junge Menschen bedeutet dies eine doppelte Herausforderung: Sie müssen nicht mehr »nur« individuell die klassischen, insbesondere jugendbiographischen Aufgaben soziokulturellen und ökonomischen Selbstständigwerdens bewältigen, sondern sie sehen sich gleichzeitig auch mit gesellschaftlichen Veränderungen konfrontiert, die ihnen steigende Anforderungen an Flexibilität in der Arbeitswelt, an Eigenständigkeit in der Wohlfahrtsicherung und auch an Aktivität in der gesellschaftlichen Beteiligung auferlegen (vgl. BJK 2009b). Verstärkte Partizipation wird in diesem Zusammenhang oft als Allheilmittel gegen negative Folgeerscheinungen von Modernisierung und Individualisierung angesehen, da durch Partizipation das Erleben von Kohärenz, sozialem Zusammenhalt, stabilisierenden Netzen und demokratischen Orientierungen gefördert würde (vgl. z. B. den Beitrag von Klingelhöfer und Ebner/Wächter/Zierold zur Evaluation zweier Programme in diesem Band). Hierbei werden gerade auch Kinder vermehrt in den Blick genommen; sie werden zur zentralen Zielgruppe des „Sozialinvestitionsstaats“ (vgl. Klinkhammer 2009; Olk

2007). Dies geschieht insofern, als die Investitionen in diese Bevölkerungsgruppe die höchsten Effekte und Gewinnerwartungen in der Zukunft versprechen. Dem Bürgerstatus von Kindern wird hierbei kein eigenständiger Wert beigemessen, vielmehr geht es um ihren künftigen Bürgerstatus als Erwachsene (vgl. Olk 2007). Auch hier offenbart sich wiederum der Doppelcharakter von Partizipation. Einerseits geht es angesichts einer ungewissen gesellschaftlichen Zukunft um die Grundlegung von und Rahmung der Prozesse der Verselbständigung und Selbstbestimmung; andererseits wird Partizipation kanalisiert und der instrumentelle Charakter von Partizipation offenbart sich.

(c) Diskussion um das bürgerschaftliche Engagement von Kindern und Jugendlichen

Die Partizipationsdebatte wird in Bezug auf Kinder und Jugendliche mit besonderem Fokus auf bürgerschaftliches Engagement geführt. Dieser wird auch dadurch begründet, dass entwicklungspsychologische und sozialisationstheoretische Theorien davon ausgehen, dass die frühzeitige Übernahme von Verantwortung für sich selbst, für Personen und Dinge, für Gemeinwesen und Gesellschaft und das entsprechende Handeln zwar einerseits schon bestimmte Kompetenzen voraussetzt, aber andererseits auch immer spezifische Lern-, Bildungs- und Entwicklungschancen eröffnet (vgl. BMBF 2004; BMFSFJ 2005; Rauschenbach u. a. 2006 sowie Beitrag Krug/Tully in diesem Band). Diskutiert werden in diesem Kontext zwei Aspekte: Zum einen wird debattiert, ob die Möglichkeiten, von positiven Effekten hinsichtlich Lernerfahrungen und sozialer Integration zu profitieren, für alle jungen Menschen unabhängig von formaler Bildung, Geschlecht und Migrationshintergrund existieren, oder ob hier strukturelle Benachteiligungen wirksam werden (vgl. Picot/Geiss 2007; vgl. Gaiser/Gille/de Rijke in diesem Band). Darüber hinaus werden zum anderen bezüglich der Entwicklung von Partizipation der nachwachsenden Generation sehr unterschiedliche Annahmen vertreten: Die These eines Rückgangs der Beteiligung (vgl. Putnam 2000) verweist auf gesellschaftstheoretisch bedeutsame Grundsatzfragen einer möglichen Erosion des sozialen Zusammenhalts. Aber auch eine deutliche Gegenthese, dass die Diagnose eines Rückgangs des Engagements speziell bei Jugendlichen falsch sei, wird pointiert vertreten (Dalton 2007: 3). Dalton konstatiert eine Veränderung von bürgerschaftlichen Normen, aber mit Konsequenzen für eine andersartige Beteiligungskultur (ebd.). Statt von einem generellen Rückgang wird von einem Wandel gesprochen, der mit einer Änderung des Repertoires gesellschaftlichen Engagements verbunden ist, besonders in jüngeren Alterskohorten (vgl. Gaiser/de Rijke in diesem Band). Die feststellbare Reduktion »traditioneller« Beteiligungsformen geht zugleich mit einer Ausweitung und Differenzierung bei »modernen« Formen der Beteiligung einher, als Folge der zentralen These vom Wandel des »duty-based citizenship« zum »engaged citizenship«. Bezeichnet werden damit unterschiedliche Normen bürgerschaftlichen Engagements, Erstere betonen die Pflichten und Verantwortlichkeiten der Bürgerinnen und Bürger bei limitiertem partizipativen Rollenverständnis, Letztere hingegen umfassen eine

expansive Sicht auf bürgerschaftliches und politikbezogenes Tun (ebd.: 31f.). Bezogen auf Deutschland hat im Jahr 2002 die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« differenzierte Diagnosen und Empfehlungen erarbeitet (vgl. Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« des Deutschen Bundestages 2002). In zwei Freiwilligensurveys von 1999 und 2004 wurden Analysen, Empfehlungen und Daten zu Trends vorgelegt (Picot 2006, S. 177ff.). Dabei zeigt sich ein stabil relativ hohes Beteiligungsniveau von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Zugleich haben sich ihre Engagement-motive von kommunikativ-expressiven Beteiligungswünschen zu stärker instrumentellen Nutzenerwägungen verändert.

3. Akteure, Institutionen und die politische Gestaltung von Partizipation

Partizipation erweist sich als ein Dauerthema, das insbesondere Politik und Praxis auf ganz unterschiedlichen Ebenen beschäftigt. Schwierig hierbei ist, dass die Definitionen in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen divergieren, oftmals unscharf sind, die politischen Zielvorgaben vage oder mitunter gegenläufig und die praktischen Aktivitäten zu Stärkung von Partizipation in unterschiedlichsten pädagogischen Zusammenhängen vom Erfolgsversprechen her eher ungewiss. Zudem wird die Diskussion zu Partizipation häufig eher durch Willensbekundungen geprägt als durch realisierte partizipative Prozesse und den Aufbau und die Verfestigung nachhaltiger partizipationsfördernder Strukturen.

Im Zuge einer breiten gesellschaftlichen Debatte hat in den letzten Jahren auch das empirische Wissen über Partizipation von Kindern und Jugendlichen zugenommen. In den institutionellen Kontexten von Kindheit und Jugend, also der Familie, der Schule, der Verbandsarbeit, der Heimerziehung, aber auch im Netz etc. liegen mittlerweile, in Teilen erste, Befunde zu Möglichkeiten aber auch Hürden partizipativer Prozesse vor. Sie vermitteln ein recht heterogenes Bild sowohl von der Teilhabe junger Menschen als auch von den Gelingensbedingungen partizipativer Prozesse.

Die vorliegende Publikation stellt sich auf diese konzeptionelle und empirische Vielfalt ein bzw. nimmt sie bewusst auf. Dieser Band hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Fokus auf eine empirische Auseinandersetzung mit der Thematik der Partizipation von Kindern und Jugendlichen zu richten, Forschungsfragen und -befunde auf der Basis aktueller Projekte am Deutschen Jugendinstitut e. V. zusammenzutragen und damit einen Beitrag zur Partizipationsdebatte zu leisten. Dass damit weder der Anspruch auf eine vollständige Systematisierung noch auf umfassende Behandlung aller Facetten, Perspektiven, empirischer Zugänge und Ergebnisse verbunden ist, ist evident. Dennoch schien es den Herausgeber/innen der Mühe wert, vor allem neuere Forschungsbefunde

zur Partizipation und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen gebündelt einem breiteren Adressat/innenkreis – insbesondere von politischen Bildner/innen in schulischen und außerschulischen Kontexten – mit dieser Publikation zugänglich zu machen. Der Schwerpunkt der Beiträge fokussiert die Partizipation im späteren Kindes- und im Jugendalter (zur Partizipation im frühen Kindesalter: vgl. Knauer 2008). In den einzelnen empirischen Beiträgen wird aus ganz unterschiedlichen Perspektiven der Blick auf das Themenfeld gerichtet. Je nach Fragestellung treten dabei unterschiedliche Facetten von Partizipation hervor.

Im **ersten Teil (Kinder und Jugendliche als partizipative Akteursgruppen)** beschäftigen sich die einzelnen Beiträge damit, wie es der Gesellschaft gelingt, Kinder und Jugendliche in Partizipationsmöglichkeiten hineinwachsen zu lassen bzw. geht es darum, zu beschreiben wie Kinder und Jugendliche bestehende Möglichkeiten der Beteiligung wahrnehmen, aufgreifen und verändern. In den empirischen Herangehensweisen und Befunden werden Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede innerhalb der Gruppen der Kinder und Jugendlichen entlang der Merkmale Geschlecht, Migrationshintergrund, Schicht, Persönlichkeit und auch Alterszugehörigkeit markiert. Hierdurch entsteht ein differenziertes Bild über die Beteiligungsoptionen und -formen von Heranwachsenden im Kontext des enger gefassten politischen Feldes oder aber im breiteren Kontext unterschiedlicher Formen von gesellschaftlicher Beteiligung.

Wolfgang Gaiser/Johann de Rijke: Gesellschaftliche und politische Beteiligung Jugendlicher und junger Erwachsener in Deutschland

Der Beitrag beleuchtet auf empirischer Basis ein breites Spektrum von Partizipation: die Mitgliedschaft und Aktivität in traditionellen Organisationen, Vereinen und Verbänden, die Beteiligung bei weniger formellen Gruppierungen sowie Formen punktueller politischer Artikulation. Grundlage sind die Ergebnisse der dritten Welle des DJI-Jugendsurvey mit 9.100 12- bis 29-jährigen Befragten. Es wird den Fragen nachgegangen, ob sich Mädchen und junge Frauen in anderer Weise beteiligen als Jungen und junge Männer und welche Rolle dem Migrationshintergrund und formalen Bildungsunterschieden bezüglich unterschiedlicher Partizipationsformen zukommt. Gezeigt wird, dass man nicht von einem generellen Partizipationsdefizit von Mädchen und jungen Frauen sprechen kann; auch wird sichtbar, dass der Faktor Migrationshintergrund mit Blick auf Partizipation nicht unabhängig vom schulischen Bildungsniveau der Befragten betrachtet werden kann.

Wolfgang Gaiser/Martina Gille/Johann de Rijke: Bürgerschaftliches Engagement und Verantwortungsübernahme bei 18- bis 33-Jährigen. Ergebnisse des DJI-Survey 2007

Datengrundlage ist mit 1.643 Befragten im Alter von 18 bis 33 Jahren eine Teilstudie des DJI-Survey 2007. Die Ergebnisse belegen, dass viele Vereine eine größere Breitenwirkung haben, als dies eine ausschließliche Bewertung von Vereinsengagement über Mitgliedschaften und die Aktivitäten von Mitgliedern nahe legen würde. Da der DJI-Survey 2007 für die betrachtete Altersgruppe eine Panelstudie ist, lässt sich für den Zeitraum 2003 bis 2007 die Entwicklung von Engagementformen analysieren. So wird am Beispiel der Beteiligung bei informellen Gruppierungen zu beiden Befragungszeitpunkten gezeigt, wie stark die politische Aktivierbarkeit junger Menschen von der biographischen Phase, den Gelegenheitsstrukturen und den Anlässen abhängt. Weiterhin können Zusammenhänge zwischen Aktivität in Vereinen und sozialen Kompetenzen nachgewiesen werden.

Ursula Hoffmann-Lange/Johann de Rijke: Argumente und Daten zur Herabsetzung des Wahlalters

Das Wahlrecht kann als »harter« Kern der Demokratie angesehen werden. Ab welchem Alter sollte dieses Recht »zugestanden« werden? Der Beitrag beleuchtet nicht nur die politische Debatte, sondern gibt auch auf empirischer Grundlage wichtige Hinweise für diese Diskussion. Dabei geht es im Einzelnen um die Entwicklung politischer Kompetenzen im Jugendalter, um die subjektive Bedeutung des Wählens für die junge Generation, um altersspezifisches Wahlverhalten sowie den erwartbaren Einfluss der Herabsetzung des Wahlalters auf die Wahlbeteiligung. Resumiert wird schließlich, dass eine Herabsetzung des Wahlalters kaum Auswirkungen auf die Wahlergebnisse hätte, insgesamt gesehen jedoch zu einer weiteren Abnahme der Wahlbeteiligung führen würde.

Claus J. Tully/Wolfgang Krug: Engagement befördert Teilhabe und setzt sie voraus. Erkenntnisse aus dem Projekt »Informelle Lernprozesse im Jugendalter in Settings des freiwilligen Engagements«

Der Beitrag beleuchtet Partizipation im Rahmen freiwilligen Engagements. Die Autoren stützen sich auf die Ergebnisse des Projekts »Informelle Lernprozesse im Jugendalter in Settings des freiwilligen Engagements« (durchgeführt vom Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut/Universität Dortmund). Sie belegen, dass das freiwillige Engagement für Jugendliche ein wichtiges gesellschaftliches Lernfeld sein kann. Unter anderem zeigen sie, dass engagierte Jugendliche ein positiveres Selbstbild haben als nicht Engagierte, auch sind sie besser sozial eingebunden. Darüber hinaus fördert freiwilliges Engagement politische Teilhabe Jugendlicher. Ein Effekt der sich daraus speist, dass im Verein/Verband eine teamförmige Zusammenarbeit nötig ist, um die gesetzten Ziele zu erreichen und den Fortbestand des Vereins/Verbands zu sichern: Das Team in das Jugendliche im Rahmen ihrer Mitwirkung eingebunden sind, zeigt sich als Verknüpfung zwischen dem Einzelnen und dem

Verein/Verband als Ganzem. Dies ist zugleich der konkrete Ort an dem die gesellschaftlichen Werte, die der Verein/Verband repräsentiert, diskutiert, bewertet, reflektiert und angeeignet werden.

Christine Feil: Partizipation im Netz. Zur Bedeutung des Web 2.0 für Kinder und Jugendliche

Das »Web2.0« ist zum Synonym für die aktive Beteiligung der »User« an der Gestaltung des Internets geworden. Es erlaubt nicht nur Informationen abzurufen, sondern auch ins Netz zu stellen, nicht nur downzuloaden, sondern auch upzuloaden. Es gibt eine ganze Reihe an deutschsprachigen Partizipations-Plattformen bzw. Communities, die es Kindern und Jugendlichen mit einfachsten technischen Mitteln ermöglichen, ihre Interessen, ihr Selbstbild, ihre Denkweisen und ihren Lebensstil, kurz gesagt, ihre Identität durch Fotos, Videos, Musik, Texte, Kommentare und anderes mehr im Web zu demonstrieren, manchmal aber auch zu demontieren. Das Web2.0 gilt in der Öffentlichkeit als »junges Medium«, quasi als kinder- und jugendkultureller Freiraum, in dem sich die medienkompetente Kinder- und Jugendgeneration von Erwachsenen unkontrolliert artikuliert.

Wie sieht es jenseits der öffentlichen Debatte mit der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Web 2.0 aus? Nach einer kurzen Skizzierung seiner Facetten wird anhand von Daten, die 2007/ 2008 im Projekt »Digital Divide« bei 10- bis 11-Jährigen und 13- bis 14-Jährigen erhoben wurden, zunächst der Frage nachgegangen, in welchem Umfang Kinder die interaktiven Elemente des Internets überhaupt wahrnehmen. Dargestellt wird darüber hinaus, welche Kinder die Potenzen des Web2.0 nutzen, ob sie sich durch besondere Medienpräferenzen auszeichnen oder eher soziodemografische und personale Faktoren die Partizipation im Netz dominieren. Vor dem Hintergrund des Alters der Befragten ist mit Blick auf die Motivlagen der Partizipation im Netz festzuhalten, dass sie selten sozial- und gesellschaftspolitisch als vielmehr privatistisch und selbstreferentiell sind.

Der **zweite Teil (institutionelle Kontexte als Gelegenheitsstrukturen für Partizipation)** fokussiert aus der Perspektive der institutionellen Kontexte die Gelegenheitsstrukturen der Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Die Institutionen bilden einen anderen Rahmen für die Analyse und die Gestaltung von Partizipationsprozessen (insbesondere für Kinder und Jugendliche) als die zuvor eingenommene Perspektive aus Sicht der Akteursgruppen. Dieser Rahmen hat sowohl Konsequenzen für die Organisation der Institutionen selbst als auch in Bezug auf das pädagogische Handeln und den Umgang mit Kindern und Jugendlichen. In den einzelnen Beiträgen wird der Frage nachgegangen, wie in einzelnen Handlungsfeldern, der Schule, den Jugendverbänden, den Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen, etc. aber

auch im Kontext Familie Kinder und Jugendliche beteiligt und ihre Interessen zur Geltung gebracht werden.

Holger Quellenberg: Partizipation von Kindern in Familie und Schule - Eine Reanalyse des DJI-Kinderpanels

Der Beitrag widmet sich dem Vergleich von Partizipationsmöglichkeiten in Familie und Schule als zwei zentralen institutionellen Kontexten für das Aufwachsen von Kindern. Die empirische Basis dafür bilden drei Erhebungswellen des DJI-Kinderpanels, einer Studie, die das Aufwachsen von Kindern in einem breiten Themenspektrum aus der Perspektive der Kinder untersucht. Zumeist wird dabei angenommen, dass das frühe Erlernen von partizipativen Verhaltensmustern notwendig oder zumindest förderlich für die Entwicklung einer demokratischen Persönlichkeit ist. Deshalb ist es sinnvoll, partizipative Verhaltensformen bereits in der Grundschule zu fördern. Aber auch der Familie als der zentralen Sozialisationsinstanz kommt die Rolle zu, demokratische Grundwerte zu vermitteln und folglich partizipative Verhaltensweisen zu unterstützen. Den Erfolg solcher Bemühungen dokumentieren auch die Ergebnisse von Alt u.a. (2005: 30). Sie zeigen für die Befragten der zweiten Welle des Kinderpanels, dass es eine hohe Übereinstimmung zwischen schulischer und familialer Partizipation gibt. Im vorliegenden Artikel wird dieses Ergebnis zunächst aufgegriffen, noch einmal vertieft und mit den Daten der dritten Welle analysiert. Anhand deskriptiver Analysen wird untersucht, welche persönlichen Merkmale und Umweltkontexte die Wahrnehmung und Beurteilung von Partizipationsmöglichkeiten bestimmen. Weiter wird analysiert, wie konsistent die Angaben zu den einzelnen Items sind und wie oder ob daraus für beide Wellen vergleichbare Indexvariablen gebildet werden können. Abschließend wird regressionsanalytisch der Frage nachgegangen, welche Veränderungen der Einflussfaktoren zur Veränderung der Wahrnehmung von Partizipationsoptionen beitragen.

Bettina Arnoldt/Christine Steiner: Partizipation an Ganztagschulen

Aufgrund des erweiterten Zeitrahmens wird erwartet, dass sich Ganztagschulen stärker als es an Halbtagschulen möglich ist zu Lebenswelten entwickeln, innerhalb derer eine partizipative, von Fairness bestimmte Praxis verwirklicht und von den Schüler/innen eingeübt werden kann. Im Beitrag wird auf der Basis der Befunde aus der Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen (StEG), untersucht, welche Partizipationsmöglichkeiten Schüler/innen seitens der Schulen eingeräumt werden und wie die Schüler/innen diese Möglichkeiten wahrnehmen. Dabei zeigt sich, dass auch an Ganztagschulen Schüler/innen vor allem dann größere Beteiligungsspielräume eingeräumt und insbesondere von den Ganztagssteilnehmer/innen wahrgenommen werden, wenn an den Schulen das explizite Ziel verfolgt wird, eine beteiligungsorientierte Schulkultur zu entwickeln.

Heinz-Jürgen Stolz/Elke Kaufmann/Anna Schnitzer: Bedeutung partizipativer Gestaltungsformen für Unterricht und Angebot in Ganztagschulen

Zwei methodisch qualitativ ansetzende Forschungsprojekte am Deutschen Jugendinstitut geben Aufschluss über partizipative Gestaltungsformen von Unterricht und Angebot in Ganztagschulen. Sie zeigen auf, dass das partizipative Profil dieser Bildungssettings nicht so sehr von den besonderen Rahmenbedingungen der Ganztagschule, sondern von grundlegenden Konstellationen abhängt, die so auch für Halbtagschulen gelten könnten: Die den Unterricht und das Ganztagsangebot verantwortenden Lehr- und Fachkräfte sollten, den Ergebnissen zufolge, die pädagogische Beziehung zu den SchülerInnen künftig verstärkt als ein nicht auf institutionelle Rollendefinitionen reduzierbares soziales Anerkennungsverhältnis wahrnehmen, lernrelevante Motivationsformen der SchülerInnen in entsprechend interessenssensitiven pädagogischen Konzepten reflektieren und verstärkt offene, auf Mitverantwortung der SchülerInnen basierende Unterrichtsformen konzipieren. Des Weiteren zeigen die Befunde, dass der Einbezug außerschulischer Kooperationspartner in den Ganztagsbereich bislang nicht – wie politisch erhofft – zum nachhaltigen Aufbau einer setting- übergreifenden, partizipativen Schul- und Unterrichtskultur beiträgt.

Liane Pluto: Partizipation in der Kinder- und Jugendhilfe. Empirische Befunde zu einem umfassenden Anspruch

In der Kinder- und Jugendhilfe existiert eine gute gesetzliche Ausgangsbasis (SGB VIII) für die Partizipation von Kindern und Jugendlichen, die auf unterschiedlichen Handlungsebenen eine Verbesserung der Partizipation der Adressat/innen anregt. Dies hat unter anderem zu einer differenzierten Fachdebatte geführt, in der die Möglichkeiten der Partizipation von Adressat/innen diskutiert und ausgeweitet wurden. Zugleich existieren besondere Bedingungen, die in der Alltagspraxis die Verwirklichung von Partizipation mitunter erschweren. Der Beitrag skizziert exemplarisch auf der Basis empirischer Daten des DJI-Projekts „Jugendhilfe und sozialer Wandel“ an drei unterschiedlichen Aufgabenbereichen (Steuerung, Organisation und pädagogisches Handeln) in drei Handlungsfeldern, in der Jugendhilfeplanung, der Jugendarbeit und der Heimerziehung, inwieweit die Kinder- und Jugendhilfe diesem Anspruch nachkommt und welche Veränderungsnotwendigkeiten beschrieben werden können.

Bernhard Babic: Zur Gestaltung benachteiligungssensibler Partizipationsangebote - Erkenntnisse der Heimerziehungsforschung

Einer der größten Herausforderungen für viele Angebote und Initiativen zur Kinder- und Jugendlichenpartizipation ist die angemessene Einbindung sozial Benachteiligter. Die Jugend(hilfe)forschung hat jedoch erst vor kurzem

zem begonnen, sich ausdrücklich dieser Thematik anzunehmen. Zur Beantwortung der Frage, wie benachteiligungssensible Partizipationsangebote ausgestaltet werden sollten, ist es daher sinnvoll, einen Blick auf den Partizipationsdiskurs in der Heimerziehung zu werfen. Denn diese Form der Erziehungshilfe wendet sich mit ihren Angeboten und Maßnahmen nicht zuletzt an sozial benachteiligte junge Menschen. Welche Schlüsse sich aus dieser Perspektive für eine bessere Beteiligung sozial Benachteiligter auch über den Bereich der Heimerziehung hinaus ziehen lassen, wird anhand von Ergebnissen einer explorativen Untersuchung zur »PARTizipation in der HeimErziehung« (PartHe) beispielhaft aufgezeigt.

Im **dritten Teil (Stärkung von Partizipation durch staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure)** werden aktuelle Programme und Modelle politischer Akteure aufgegriffen, ihre Ansätze und Erwartungshaltungen skizziert sowie erste Ergebnisse und – soweit möglich – Wirkungen vorliegender Partizipationsprojekte aufgezeigt. Aufgrund der Vielfalt und Reichweite an Initiativen, entwickelten Modellen, die noch dazu auf ganz unterschiedlichen politischen Ebenen, in den Kommunen, auf Ebene der Länder, des Bundes oder auch der Europäischen Union anzusiedeln sind sowie durch freie Träger oder Stiftungen initiiert werden, sind die Beiträge exemplarisch auf der Ebene des Bundes angesiedelt. Hier werden sowohl die politischen Gestaltungsmöglichkeiten partizipativer Vorhaben als auch aktuelle Herausforderungen einer zukunftsweisenden Weiterentwicklung diskutiert. Beleuchtet werden zudem die Grenzen der politisch motivierten Stärkung einer Partizipation von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Sandra Ebner/Franziska Wächter/Diana Zierold: Engagement für alle? Anerkennung, Offenheit und Kompetenzförderung als unterstützende Faktoren gesellschaftlicher und politischer Partizipation von Jugendlichen

Der Beitrag basiert auf empirischen Untersuchungen zum »Aktionsprogramm für mehr Jugendbeteiligung« (2007-2009). Das Aktionsprogramm ist eine gemeinsame Initiative des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der Bundeszentrale für politische Bildung und des Deutschen Bundesjugendrings mit dem Ziel, (mehr) junge Menschen für Beteiligungsprozesse zu begeistern und für ein längerfristiges Engagement zu gewinnen. Evaluiert wurden das Programm bzw. einzelne Module durch eine Projektgruppe am Deutschen Jugendinstitut (DJI). Der Fokus der Darstellung liegt auf einem Modul innerhalb des Aktionsprogramms (Ideenwettbewerb), in dem gezielt sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche angesprochen werden sollten. Inwieweit erreichen Maßnahmen der politischen Bildung diese jungen Menschen? Welche förderlichen (oder hinderlichen) Faktoren in der Anlage und Struktur der Projekte oder der Ansprache der Jugendlichen lassen sich herausarbeiten? Wie kann innerhalb eines Bundesprogramms Neues erprobt werden, und damit die Chance

eröffnet werden, auch jenseits von »Abiturient/innen« politische Bildungsarbeit zu leisten? Die Auswertungen zeigen, dass insbesondere eine Stärkung demokratischer Handlungskompetenzen, die Förderung von Anerkennung sowie die Balance zwischen Offenheit und Geschlossenheit der Gruppenstrukturen entscheidende Punkte bei der Heranführung benachteiligter Jugendlicher an gesellschaftliche und politische Entscheidungsprozesse sind.

Susanne Klingelhöfer: Möglichkeiten und Grenzen partizipationsorientierter Jugend(bildungs-)arbeit in der Rechtsextremismusprävention, Erkenntnisse aus dem Programm »Entimon - gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus«

Rechtsextremistische Einstellungen und Handlungen werden insbesondere im Kontext des »Desintegrations-theorems« als mögliche Reaktion auf fehlende soziale bzw. gesellschaftliche Integration und mangelnde Befriedigung grundlegender Anerkennungsgefühle zurückgeführt. Betrachtet man rechtsextremistische Einstellungen auch als Folge fehlender gesellschaftlicher und sozialer Partizipationsmöglichkeiten, ist es von hohem Interesse zu untersuchen, ob und in welcher Form in der präventiven Jugendarbeit und -bildung Angebote umgesetzt werden, die Partizipationsmöglichkeiten eröffnen. Der Beitrag stellt Erfahrungen und Ergebnisse der Umsetzung entsprechender partizipativer Ansätze im Rahmen des Bundesmodellprojekts »Entimon - gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus« (2002-2006) vor und diskutiert diese kritisch. Es wird der Versuch unternommen, näher zu bestimmen, welches präventive Potenzial partizipativen Ansätzen in der Arbeit mit Jugendlichen in diesem Kontext zukommt und welche Chancen und Herausforderungen mit der Verwirklichung entsprechender Zugänge verbunden sind.

Tanja Betz/Thomas Olk/Pia Rother: Zwischen Absichtserklärungen und Partizipationswirklichkeit. Argumente und Empfehlungen zur Stärkung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Der Beitrag nimmt seinen Ausgangspunkt in der Diagnose einer Kluft zwischen (fach-)politischem Anspruch nach einer verstärkten und systematisch verankerten Partizipation von Kindern und Jugendlichen an den sie betreffenden Entscheidungen einerseits und der Wirklichkeit situations- und personenabhängiger partizipativer Vorhaben und modellhafter Projekte andererseits. Im Fokus steht die aktuelle Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums, ein zentrales kinder- und jugendpolitisches Beratungsgremium der Bundesregierung, das in seinem Positionspapier »Partizipation von Kindern und Jugendlichen - Zwischen Anspruch und Wirklichkeit« Empfehlungen für die Entwicklung und Stärkung partizipativer Ansätze im Kindes- und Jugendalter auf verschiedenen politischen Ebenen und für die Institutionen der Bildung, Betreuung und Erziehung formuliert. Dabei werden die Ziele einer strukturellen Verankerung von Kinder- und Jugendbeteiligung insbesondere in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen und darauf aufbauend konkrete Handlungsempfehlungen zur Stärkung der Partizipation dargelegt.

Literatur

- Abeling, Melanie u.a. 2003: Partizipation in der Kinder- und Jugendhilfe, in: Sachverständigenkommission 11. Kinder- und Jugendbericht (Hrsg.): Materialien zum Elften Kinder- und Jugendbericht. Band 2: Kinder- und Jugendhilfe im Reformprozess. München, S. 225–309
- Antonovsky, Aron 1997: Salutogenese. Zur Entmystifizierung der Gesundheit. Tübingen
- Bernfeld, Siegfried 1925/1967: Sisyphos oder die Grenzen der Erziehung. Leipzig, Frankfurt / Main
- Betz, Tanja 2008. Ungleiche Kindheiten. Theoretische und empirische Analysen zur Sozialberichterstattung über Kinder. Weinheim
- Bundesjugendkuratorium (BJK) 2009a: Zur Neupositionierung von Jugendpolitik: Notwendigkeit und Stolpersteine. Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums. München
- Bundesjugendkuratorium (BJK) 2009b: Partizipation von Kindern und Jugendlichen – Zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums. München
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (Hrsg.) 2004: Non-formale und informelle Bildung im Kindes- und Jugendalter. Berlin
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) 2005: Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 2009: 13. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin
- Braun, Sebastian 2001: Bürgerschaftliches Engagement im politischen Diskurs, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“), Heft B 25-26 S. 3-5
- Bühler-Niederberger, Doris / Sünder, Heinz 2009: Gesellschaftliche Organisation von Kindheit und Kindheitspolitik, in: Honig, Michael-Sebastian (Hrsg.). Ordnungen der Kindheit. Problemstellungen und Perspektiven der Kindheitsforschung. Weinheim, S. 155-182

Betz, Tanja / Gaiser, Wolfgang / Pluto, Liane: Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Diskussionsstränge, Argumentationslinien, Perspektiven

Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 20/2010 vom 15.10.2010

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) 2009: Nationales Forum für Engagement und Partizipation – Erster Zwischenbericht. Berlin

Dalton, Russell J. 2007: The Good Citizen: How a Younger Generation is Reshaping American Politics. Washington

Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages 2002; Bericht. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Schriftenreihe: Band 4. Opladen

Keupp, Heiner 1997: Von der (Un-)Möglichkeit erwachsen zu werden. Gemeindepsychologie Rundbrief, Band 3, Heft 1, S. 10-25

Klinkhammer, Nicole 2009: Frühkindliche Bildung und Betreuung im „Sozialinvestitionsstaat“ – mehr Chancengleichheit durch investive Politikstrategien?, in: Bühler-Niederberger, Doris u.a. (Hrsg.): Kindheit zwischen fürsorglichem Zugriff und gesellschaftlicher Teilhabe. (Reihe Ungleiche Kindheiten Band 1). Wiesbaden (im Druck)

Knauer, Reingard 2007: Außerschulische Formen politischer Partizipation von Kindern, in: Richter, Dagmar (Hrsg.): Politische Bildung von Anfang an. Demokratie-Lernen in der Grundschule. Bonn, S. 103-118

Knauer, Reingard 2008: Partizipation in Kindertageseinrichtungen. Die Kinderstube der Demokratie. Vortragsmanuskript einer Anhörung des Bundesjugendkuratoriums zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen im September 2008. Berlin / München

Lenz, Albert 2001: Partizipation von Kindern in Beratung und Therapie. Entwicklungen, Befunde und Handlungsperspektiven. Weinheim

Liebel, Manfred 2007: Wozu Kinderrechte: Grundlagen und Perspektiven. Weinheim

Lüscher, Kurt 1999: Politik für Kinder – ein aktueller Zugang, in: Neue Sammlung, 3, S. 381-397

Lüscher, Kurt 2003: Kinderpolitik: Die Ambivalenzen der Rolle des Kindes gestalten, in: Kränzl-Nagl, Renate u.a. (Hrsg.): Kindheit im Wohlfahrtsstaat. Gesellschaftliche und politische Herausforderungen. Frankfurt/Main, S. 333-362

Olk, Thomas 2007: Kinder im „Sozialinvestitionsstaat“, in: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation (ZSE), 27. Jg., Heft 1, S. 43-57

Betz, Tanja / Gaiser, Wolfgang / Pluto, Liane: Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Diskussionsstränge, Argumentationslinien, Perspektiven

Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 20/2010 vom 15.10.2010

Olk, Thomas / Roth, Roland 2007: Mehr Partizipation wagen. Argumente für eine verstärkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Herausgegeben von der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh

Picot, Sibylle 2006: Freiwilliges Engagement Jugendlicher im Zeitvergleich 1999 – 2004, in: Gensicke, Thomas u.a. : Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004. Wiesbaden, S. 177 – 223

Picot, Sibylle / Geiss, Sabine 2007: Freiwilliges Engagement Jugendlicher – Daten und Fakten – Expertise zum Carl Bertelsmann-Preis 2007. Gütersloh

Pluto, Liane 2007: Partizipation in den Hilfen zur Erziehung. Eine empirische Studie. München

Putnam, Robert D. 2000: Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community. New York

Rauschenbach, Thomas u.a. 2006: Informelles Lernen im Jugendalter. Vernachlässigte Dimensionen der Bildungsdebatte. Weinheim

Schmidt, Manfred G. 2000: Demokratietheorien. Opladen

Schnurr, Stefan 2001: Partizipation, in: Otto, Hans-Uwe / Thiersch, Hans (Hrsg.): Handbuch Sozialarbeit Sozialpädagogik. Neuwied, S. 1330-1345

Hinweis

Dieser Beitrag basiert auf dem Artikel » Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Diskussionsstränge, Argumentationslinien, Perspektiven« aus folgender Publikation:

Tanja Betz, Wolfgang Gaiser, Liane Pluto (Hrsg.): Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Forschungsergebnisse und gesellschaftliche Herausforderungen.

Wochenschau Verlag (Schwalbach) 2010. 280 Seiten. ISBN 978-3-89974-581-8. 19,80 €

Zur Kurzdarstellung der Einzelbeiträge siehe:

www.wochenschau-verlag.de > Publikationen > Stichwortsuche »Partizipation von Kindern und Jugendlichen«
> Details

Betz, Tanja / Gaiser, Wolfgang / Pluto, Liane: Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Diskussionsstränge, Argumentationslinien, Perspektiven

Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 20/2010 vom 15.10.2010

Autor/innen

Prof. Dr. Tanja Betz ist Diplom-Psychologin und Mediatorin. Sie war von 2007 bis 2010 Leiterin der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendpolitik in der Institutsleitung des DJI in München. Seit März 2010 Juniorprofessorin für Professionalisierung im Elementar- und Primarbereich an der Goethe-Universität.

Dr. Wolfgang Gaiser, Diplom-Soziologe, arbeitet seit 1973 als wissenschaftlicher Referent am DJI in München in unterschiedlichen Projekten und Abteilungen. Seit 2006 ist er Grundsatzreferent für Jugendforschung in der Abteilung Jugend und Jugendhilfe. Forschungsschwerpunkte: gesellschaftliche und politische Partizipation junger Menschen

Dr. Liane Pluto, Magisterstudium Erziehungswissenschaften, Germanistik und Psychologie an der Friedrich-Schiller-Universität-Jena, ist seit 1998 wissenschaftliche Referentin am DJI im Projekt »Jugendhilfe und sozialer Wandel - Leistungen und Strukturen« in der Abteilung Jugend und Jugendhilfe.

Kontakt:

Deutsches Jugendinstitut e. V.

Nockherstr. 2

81541 München

www.dji.de

Redaktion Newsletter

Stiftung MITARBEIT

Wegweiser Bürgergesellschaft

Redaktion Newsletter

Bornheimer Str. 37

53111 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de